

Wir haben etliches bewegen können

Der scheidende Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Hermann Onko Aeikens, über seine Enttäuschung über den Bauernverband, den Handlungsbedarf auf dem Bodenmarkt und die Zukunft der ASG

Ihre Nominierung zum Staatssekretär im Sommer 2016 fand große Zustimmung, auch im Berufsstand. Zuletzt gab es zunehmend kritischere Töne, insbesondere im Zusammenhang mit dem Agrarpaket der Bundesregierung, zuvor bereits zum Umgang mit der Düngeverordnung und den Dürrehilfen. Fühlen Sie sich als Buhmann?

Nein. Ich fühle mich keineswegs als Buhmann. Forderungen aus dem Berufsstand gehören zum Geschäft. Damit gehe ich professionell um.

Gilt das auch für Vorwürfe, Sie hätten etwa beim Aktionsprogramm Insektenschutz oder in der Auseinandersetzung um das Düngerecht schlecht verhandelt?

Auch damit kann ich leben, auch wenn die Vorwürfe unzutreffend sind. Deshalb nehme ich für mich das Recht in Anspruch, Vorwürfe zurückzuweisen, wenn sie über das Ziel hinausschießen. Das gilt für die vom Deutschen Bauernverband übertrieben dargestellten Folgen des Aktionsprogramms Insektenschutz ebenso wie für Hinweise auf vermeintliche Handlungsspielräume der Bundesregierung im Düngerecht, die es in der Realität jedoch nie gab und nicht gibt. Da hätte ich mir an der einen oder anderen Stellen etwas mehr Redlichkeit und Realismus gewünscht.

Sie waren lange Landesbeamter und Landespolitiker. Sie kennen und kannten auch die Verhältnisse im Bund. Sind Sie überrascht von der Härte der Auseinandersetzung auf Bundesebene?

Ja, das war schon eine Umstellung. Dies gilt allerdings weniger für die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Interessenvertretungen, die auch in Ländern teilweise mit harten Bandagen geführt wird, als für den Umgang zwischen politischen Parteien, sogar innerhalb einer Regierung, manchmal sogar in einer Partei. Im Bund geht es einen Zacken schärfer zu als im Land. Auch das Presseumfeld ist aggressiver. Die Landesebene ist beschaulicher.

Gab es Situationen, in denen Sie gedacht haben, warum tue ich mir das an?

Nein. Es gab die eine oder andere schwierige Situation, aber das gehört dazu. Dass der Job nicht nur Vergnügen bereitet, wusste ich vorher. Ich habe die Herausforderung aber sehr gerne angenommen und habe mit beiden Ministern, sowohl Christian Schmidt

als auch Julia Klöckner, sehr gut zusammengearbeitet. Ich war gerne hier im Ministerium tätig, mit einem hervorragenden Team in einem sehr angenehmen persönlichen Umfeld. Wir haben etliches bewegen können in diesen drei Jahren – denken Sie nur an den Rekordhaushalt 2020. Insofern bin ich zufrieden, dass ich diese Entscheidung getroffen habe.

Die Düngeverordnung und das Aktionsprogramm Insektenschutz spielen eine wichtige Rolle bei den Bauernprotesten. Wie erklären Sie sich den Umfang und die Intensität der Demonstrationen?

Zunächst ist festzustellen, dass wir es nicht wie in der Vergangenheit mit Aktionen zu tun haben, die von einem Verband organisiert werden. Vielmehr haben sich in den Sozialen Netzen Menschen zusammengefunden, die ihren Unmut artikulieren wollten und wollen. Die schlechte Stimmungslage in der Landwirtschaft führt dazu, dass diese Initiative eine so große Resonanz gefunden hat.

Woher rührt nach Ihrer Einschätzung diese Stimmung, zumal die Einkommensentwicklung dafür ja kaum Veranlassung gibt?

Meiner Auffassung nach tragen Entscheidungsträger im landwirtschaftlichen Berufsstand eine hohe Verantwortung. Einige Verantwortliche sollten selbstkritisch hinterfragen, wie sie über bestimmte Sachverhalte informieren, wie sie Aufklärung über komplizierte Zusammenhänge betreiben und wie wissenschaftlich sie an manche Dinge herangehen. Wir können Landwirtschaft weder von der Grundwasserverunreinigung noch vom Insektenschwund freisprechen. Ich hätte mir in diesen Fragen ein stärkeres gemeinsames Agieren zwischen dem Berufsstand und der Politik gewünscht, nach dem Motto, „wir erkennen an, dass es ein Problem gibt, wir wollen es gemeinsam mit der Politik lösen.“ Das ist leider nicht ausreichend erfolgt. Die schlechte Stimmung auf den Betrieben ist nach meiner Überzeugung auch ein Ergebnis der teilweise maßlosen Kritik an unserem Haus und an der Bundesregierung. Da ist verbal überzogen worden.

Vielen jungen Leuten, die vor der Hofübernahme stehen, fehlt das Zutrauen in die Verlässlichkeit politischer Zusagen. Braucht es einen „Gesellschaftsvertrag“, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die über Legislaturperioden hinaus Gültigkeit haben?

Ich würde es begrüßen, wenn z. B. Standards für Stallbauten partei-, verbände- und ebenenübergreifend für mehr als vier oder fünf Jahre festgeschrieben würden. Wer heute einen Stall mit einem bestimmten Standard baut, braucht die Sicherheit, dass dieser Standard 15 oder 20 Jahre Gültigkeit hat. Das zu erreichen, lohnt den Schweiß der Edlen. Ob man das dann Gesellschaftsvertrag nennt oder anders, ist zweitrangig.

Sie sind ein Verfechter der Direktzahlungen. Ein Teil der Zahlungen wird an die Bodeneigentümer weitergereicht. Eine Reduzierung könnte für Entlastung sorgen. Warum sperren Sie sich?

Wenn die Direktzahlungen schrumpfen, bedeutet das meines Erachtens nicht, dass die Pachtpreise sinken werden. Dieser Effekt wird zumindest kurzfristig nicht eintreten. Entscheidend für die Entwicklung der Pachtpreise ist vielmehr die hohe Flächenkonkurrenz, insbesondere in den Veredelungsregionen. Unter dem Strich bedeuten weniger Direktzahlungen Einkommensverluste für die Betriebe und möglicherweise eine Beschleunigung des Strukturwandels. Davor kann ich nur warnen.

Der Strukturwandel verläuft insgesamt relativ kontinuierlich. Sie plädieren dennoch für eine wieder aktivere Strukturpolitik. Warum?

Weil der Einstieg nicht-landwirtschaftlicher Investoren in einigen Teilen des Bundesgebiets – nicht nur in Ostdeutschland – die bäuerliche Landwirtschaft, wie wir sie kennen und erhalten wollen, mit erheblichen Folgen für die Vitalität des ländlichen Raumes bedroht. Der Boden ist für die Landwirtschaft das wichtigste Produktionsmittel. Die Politik ist daher gut beraten, im Bodenmarkt genau hinzuschauen. Da ist es schon wichtig zu hinterfragen, wie die rechtlichen Bedingungen für den Flächenkauf sind, wer die Flächen erwirbt und welche Folgen das hat. Ich begrüße ausdrücklich, dass dies auch auf Länderebene zunehmend so gesehen wird, wie zuletzt die Koalitionsvereinbarungen in Brandenburg und Sachsen gezeigt haben.

Sind Sie zufrieden mit dem auf dem Bodenmarkt Erreichten?

Nein.

Was hätten Sie sich gewünscht?

Eine größere und vor allem frühzeitigere Sensibilität in den Ländern für dieses Thema. Ich glaube, es ist für die Zukunft der Landwirtschaft entscheidend, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Bodenmarkt sind und ob man außerlandwirtschaftlichen Investoren weiter das Feld in einer Weise überlassen will, wie wir es bislang tun. Aus meiner Sicht sind diese Fragen sogar wichtiger für die Zukunft der Landwirtschaft als das



Foto: BMEL/Phototek/Köhler

Dr. Hermann Onko Aeikens scheidet Ende des Jahres auf eigenen Wunsch als Staatssekretär aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium aus. Der 68-Jährige hatte sein Amt im Sommer 2016 angetreten. Zuvor war er jeweils sieben Jahre Landwirtschaftsminister und Agrarstaatssekretär in Sachsen-Anhalt gewesen. Aeikens stammt von einem Milchviehbetrieb in Ostfriesland. Er hat in Göttingen Agrarwissenschaften studiert. Am dortigen Institut für Agrarökonomie war er einige Jahre als Assistent tätig, nachdem er zwischenzeitlich noch ein wirtschaftswissenschaftliches Studium in den USA absolviert hatte. 1981 war Aeikens in die niedersächsische Landesverwaltung eingetreten. Nach der Wiedervereinigung ging er 1990 ins benachbarte Sachsen-Anhalt und leitete dort die Agrarabteilung im Landwirtschaftsministerium. Von 2004 bis 2016 gehörte Aeikens dem ASG-Vorstand an, dem er weiterhin als Ehrenmitglied verbunden bleibt.

eine oder andere Thema, über das wir bis jetzt gesprochen haben. Hier geht es um Grundsätzliches.

Zum Schluss einige Fragen zur Agrarsozialen Gesellschaft und Ihrer persönlichen Zukunft. Wird die ASG noch gebraucht?

Ohne Einschränkung, ja!

Wofür?

Die Agrarsoziale Gesellschaft hat immer wieder wichtige Impulse für die Entwicklung ländlicher Räume gegeben, und sie tut dies weiter. Sie bildet eine einmalige Plattform für den breiten gesellschaftlichen Austausch mit und über Landwirtschaft und sie hat eine unverzichtbare Rolle als Anwalt der Menschen in den ländlichen Räumen. Zuletzt hat die Herbsttagung, die sich mit der Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft beschäftigt hat, gezeigt, dass die ASG das Ohr am Puls der Zeit hat. Die ASG greift in ihren Tagungen auch immer wieder Themen auf, die für andere noch nicht wichtig genug sind oder um die andere gern einen Bogen machen. Das hat immer den Charme der Agrarsozialen Gesellschaft ausgemacht.

Wird man Sie auf ASG-Tagungen antreffen?

Davon können Sie ausgehen.

Was erwartet das Bundeslandwirtschaftsministerium von den Workshops zur Zukunft der ASG?

Dass eine verdienstvolle Gesellschaft, deren Arbeit für die Ländlichen Räume und die Agrarpolitik in Deutschland von erheblicher Bedeutung war und ist, auf solider Basis Zukunftsperspektiven haben wird.

Was überwiegt angesichts des bevorstehenden Abschieds – Erleichterung, dass die 16-Stunden-Tage vorbeigehen oder Unzufriedenheit, dass einiges unvollendet bleibt?

Ich gehe mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Das lachende Auge sieht den selbstbe-

stimmten Kalender, das weinende Auge könnte darauf zurückzuführen sein, dass mir meine Tätigkeit über all die Jahrzehnte sehr viel Freude bereitet hat und ich sie sicherlich etwas vermissen werde. Mit 68 Jahren ist es, glaube ich, aber auch Zeit, einen Schlusspunkt zu setzen.

Leistungssportlern wird geraten, es allmählich ausklingen zu lassen. Was wird Ihr Abklingbecken sein?

Auf mich warten zu Hause viele Aufgaben. Das fängt im Garten an. Und vor allem habe ich mehr Zeit für meine Familie, was mir sehr wichtig ist. Im Übrigen liegen die ersten Vortragsanfragen vor. Also insofern wird es nicht mit einem 16-Stunden-Tag weitergehen, aber ich werde der Agrarpolitik verbunden bleiben und sie weiter mit Interesse verfolgen.

■ Rainer Münch